

Dublin-Diskussion bestärkt den Beitritt zu EU-Asyl-Büro

Asyl Urteil zum Fall einer afghanischen Familie lässt Zweifel am Dublin-System aufkommen

VON RINALDO TIBOLLA

Mit seinem Urteil hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg hohe Wellen geworfen. Die Schweiz könne eine achtköpfige Familie aus Afghanistan erst nach Italien zurückschaffen, wenn eine Garantie für eine angemessene Betreuung vorliege (Ausgabe vom 5.11.). Ein wegweisender Entscheid oder eine teilweise Ausserkraftsetzung des Dublin-Abkommens? Klargemacht haben die Richter, dass die Zustände im italienischen Asylwesen unzumutbar sind. Von SVP-Seite wurde das Dublin-Abkommen als «Makulatur» bezeichnet und die Wiedereinführung der Grenzkontrollen zu Italien verlangt. CVP-Politiker forderten, mehr Druck auf Italien auszuüben. Die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker brachte die Beteiligung der Schweiz beim Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (Easo) ins Spiel. Das Easo könne Länder unterstützen, welche aufgrund der enormen Asylzahlen unter Druck geraten seien. «Gerade im Zusammenhang mit dem Urteil aus Strassburg kann die Easo nun Italien helfen, seine Aufgabe wahrzunehmen», sagt Schenker. Klar sei gut und wichtig gewesen, dass die EU-Innenminister Anfang Oktober im Beisein von Justizministerin Simonetta Sommaruga Itali-

In der Frühlings-session wird sich der Nationalrat mit der Easo-Beteiligung der Schweiz beschäftigen.

en an seine Pflichten erinnert hätten, die Flüchtlinge gemäss Dublin wieder flächendeckend zu registrieren. Wichtig sei aber auch, Unterstützung in der Versorgung und Logistik zu bieten. Auch für die Einhaltung von Standards bei Unterkünften und Betreuung könne die Easo sorgen.

Was hat es mit der Easo auf sich?

Die EU-Agentur hat ihren Sitz in Malta Hauptstadt Valletta. Das Büro wurde 2011 aufgebaut, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in Asylfragen zu fördern. Neben der Entsendung von «Experten-Teams», die «praktische Hilfe leisten», stellt das Easo auch Risikoanalysen und Informationen über die Praxis anderer europäischer Staaten im Asylbereich zusammen. Das Easo organisiert ferner Ausbildungen im Asylbereich auf europäischer Ebene, ermittelt bewährte Praktiken im Asylverfahren und koordiniert den Austausch von Herkunftsländerinformationen. Das Unterstützungsbüro hat aber keine Befugnisse, auf die Entscheidungen nationaler Asylbehörden Einfluss zu nehmen.

Vergangene Woche hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrats die Teilnahme an Easo deutlich angenommen. Schon in der Vernehmlassung haben Orga-

nisationen, Kantone und Parteien die Vorteile einer Beteiligung hervorgehoben. Eine Mehrheit der Kantone, CVP, FDP, SP und die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren sind zuversichtlich, dass über das Easo das gesamte Dublin-System gestärkt wird. Es trage zu einer Angleichung des gemeinsamen europäischen Asylsystems bei. Einige Kantone, CVP und FDP gehen davon aus, dass die Schweiz auch vom Frühwarnmechanismus des Easo profitieren kann. Über Synergieeffekte könnten, wie vom Bund prognostiziert, die Gesamtkosten im Asylbereich gesenkt werden. Der Kanton Tessin ist schliesslich sehr an den Informationen über allfällige Migrationsbewegungen aus dem Süden interessiert, welche bei einer Teilnahme an Easo zur Verfügung stünden.

Gegen einen Easo-Beitritt sprechen sich der Kanton Schwyz und die SVP aus. Es ergebe sich kein Mehrwert, sondern nur Verpflichtungen. Die Schweiz pflege schon jetzt gute Kontakte zu den Mitgliedsstaaten und es finde bereits ein Austausch statt. Der finanzielle Beitrag von rund 820 000 Franken sei beträchtlich, sagt der Bündner SVP-Nationalrat Heinz Brand. In der Frühlings-session wird sich der Nationalrat mit der Easo-Beteiligung beschäftigen.

Neue Kommission Aufarbeitung von administrativen Versorgungen

Während Jahrzehnten sind in der Schweiz Menschen ohne Gerichtsurteil in Anstalten weggesperrt worden. Dieses Unrecht lässt der Bundesrat von Experten wissenschaftlich aufarbeiten. Ausserdem lässt er ein Nationales Forschungsprogramm prüfen.

Seit dem 1. August sind Menschen, die bis 1981 ohne Gerichtsurteil in psychiatrischen Anstalten oder Strafanstalten eingewiesen worden sind, von Gesetzes wegen rehabilitiert. Gründe für solche administrativen Versorgungen waren «Arbeitscheu», «lasterhafter Lebenswandel» oder «Liederlichkeit».

Die vom Bundesrat am Mittwoch eingesetzte unabhängige Kommission von neun Expertinnen und Experten soll dieses Unrecht nun wissenschaftlich aufarbeiten, wie das Bundesamt für Justiz mitteilte. Präsident der Kommission ist der frühere Zürcher Justizdirektor und Jurist Markus Notter (SP).

Die Aufgaben der Kommission sind, die Perspektive von Opfern und Betroffenen aufzuzeigen und die Eingriffe der Behörden zu analysieren. (SDA)



Markus Notter.

Die Ängste einer doppelten Randregion

Tessin und Ecopop Eine Meinungsumfrage beleuchtet die Gründe für das massive Ja der Tessiner zur Masseneinwanderungsinitiative. Bei Ecopop dürfte sich die hohe Zustimmung nicht wiederholen.

VON GERHARD LOB, BELLINZONA

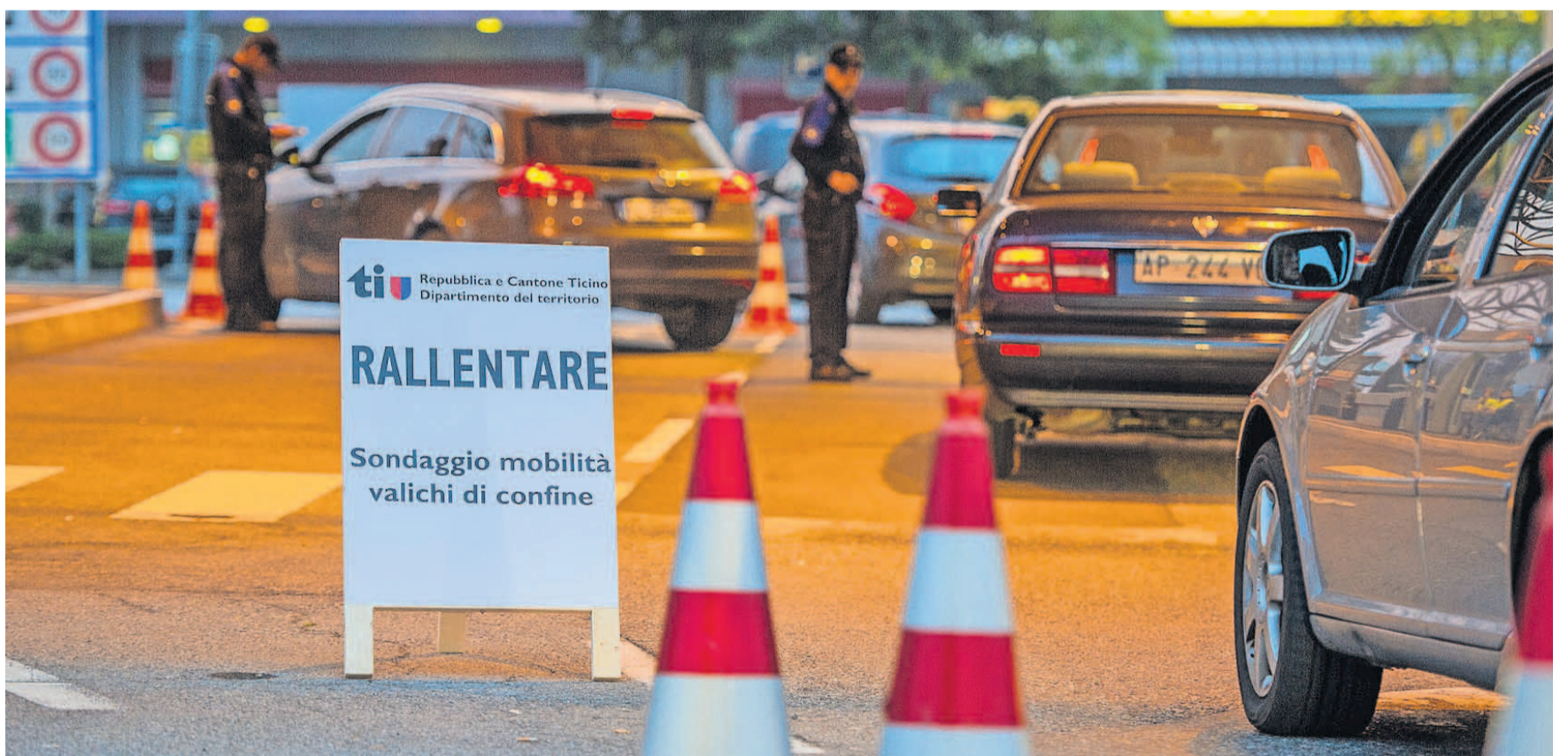
Kein Stand hat am 9. Februar dieses Jahres deutlicher Ja zur SVP-Einwanderungsinitiative gesagt als das Tessin. Ganze 68,2 Prozent stimmten der Vorlage zu. Der italienischsprachige Kanton lag damit nicht nur deutlich über dem gesamtschweizerischen Resultat von 50,3 Prozent Ja-Stimmen, sondern hat wegen der Differenz von gut 44 000 Stimmen das knappe Endergebnis sogar entscheidend beeinflusst. Die Stimmdifferenz zwischen Ja- und Neinlager betrug landesweit nur 19 500 Stimmen.

Doch wie konnte es im Tessin zu diesem eklatanten Resultat kommen, das selbst in Deutschland für Schlagzeilen sorgte? Nur wenige Wochen, bevor mit Ecopop die nächste Abstimmung zur Begrenzung der Zuwanderung ansteht, haben die Politologen Oscar Mazzoleni und Andrea Pilotti vom Observatorium für Regionalpolitik der Uni Lausanne diese Woche die Analyse einer repräsentativen Umfrage vorgelegt, die direkt nach der Abstimmung vom Februar bei 1429 Tessiner Stimmbürgern durchgeführt wurde.

«Bedrohte Tessiner Identität»

Die Stimmenden, die ein Ja in die Urne legten, begründeten dies zu einem Drittel «mit der Notwendigkeit, den Zustrom von Ausländern und Asylbewerbern begrenzen», gut 21 Prozent fanden, «dass zu viele Grenzgänger Probleme erzeugen». Für 11 Prozent war hingegen der «Vorrang von Schweizern auf dem Arbeitsmarkt» ausschlaggebend, während ebenfalls 11 Prozent mit ihrer Stimme «ein Zeichen gegenüber Bundesbern» setzen wollten.

Die Befürworter der Initiative verfügten eher über ein geringes Ausbildungsniveau; es waren auch viele Arbeitslose, Arbeitssuchende und einfache Angestellte darunter. Sie gaben sich in der Umfrage als besonders patriotisch und redeten häufig Dialekt. Vor allem sind



Auch bei denjenigen Tessinern, die für die Einwanderungsinitiative stimmten, ist das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Grenzgängern und Ausländern für die heimische Wirtschaft laut einer Umfrage durchaus gegeben. Im Bild der Zoll von Stabio.

CARLO REGUZZI/KEY

sie der Meinung, dass intensivere Beziehungen zu Europa «die Tessiner Identität bedrohen». Bei den Nein-Sagern fand die Mehrheit, dass die Einwanderungsinitiative zu radikal sei und die Probleme nicht löse. Zudem wurden negative Auswirkungen für die Beziehungen zur EU erwartet. In dieser Minderheit gab es viele Akademiker und selbstständig Erwerbende.

Erstaunt war Politologe Oscar Mazzoleni darüber, dass auch bei denjenigen Tessinern, die für die Einwanderungsinitiative stimmten, das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Grenzgängern und Ausländern für die heimische Wirtschaft durchaus gegeben war: «Es zeigt sich keine prinzipielle Aversion gegenüber Grenzgängern; das Votum spiegelt eher die Ängste einer Bevölkerung im Prozess der Globalisierung.» Auffällig sind das Misstrauen gegenüber Bern und die Furcht vor dem Druck aus Italien mit seiner schweren Wirtschaftskrise. Die Mehrheit der Tessiner fühlt sich offenbar zwischen diesen beiden Fronten als Randregion allein gelassen und verletzt-

lich. Als Konsequenz bekunden sie in dieser Situation ein höheres Vertrauen in lokale denn in nationale Politiker.

Nur die SVP sagt Ja

Im Gegensatz zur SVP-Einwanderungsinitiative vom Februar wirft die Ecopop-Initiative im Südkanton keine

hohen Wellen. Einzig die kantonale SVP hat sich zu einer Ja-Parole durchgerungen. Selbst die Lega beschloss Stimmfreigabe. Die Tessiner Grünen, die durch ihr Ja zur SVP-Einwanderungsinitiative landesweit für Aufsehen sorgten und damals nicht der Parole der Mutterpartei folgten, sagen jetzt

Nein zu Ecopop, die SP und die bürgerlichen Parteien sowieso. Die geringere Sympathie für die Ecopop-Initiative dürfte auch damit zusammenhängen, dass mehrere Politiker vor einer Zunahme der Grenzgänger aus Italien warnten, falls die Vorlage angenommen werden sollte.

MILLIONEN FÜR DAS TESSIN

Grenzgänger werden stärker zur Kasse gebeten

Grenzgänger, die täglich nach Italien zurückkehren, werden im Tessin künftig stärker besteuert. Das hat der Tessiner Grosse Rat in seiner gestrigen Sitzung entschieden. Die parlamentarische Initiative zur Erhöhung der Quellenbesteuerung für Grenzgänger ging von der Tessiner SVP aus und wurde mit grosser Mehrheit durch das Parlament angenommen. Durch die erhöhte Besteuerung kann der Kanton mit 4,3 Millionen, die Tessiner Gemeinden können mit 7,8 Millio-

nen Franken Mehreinnahmen rechnen. Der italienische Fiskus darf sich über zusätzliche 7,9 Millionen Franken freuen: Gemäss dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien müssen 40 Prozent der Einnahmen aus der Quellensteuer nach Rom überwiesen werden. Die insgesamt veranschlagten Zusatzeinnahmen liegen bei rund 20 Millionen Franken. Bisher galten in den Tessiner Gemeinden unterschiedliche Multiplikatoren zur Besteuerung der Grenzgänger. In einem Gross-

teil der Gemeinden lag die steuerliche Belastung der Grenzgänger unter dem Wert der dort wohnhaften Bevölkerung. Da die «Frontalieri» zudem die Strasseninfrastruktur intensiv nutzten, sei eine Angleichung und Anhebung der steuerlichen Belastung gerechtfertigt, sagten die Unterstützer aus dem Lager der SVP. Ausgenommen von der Änderung sind Grenzgänger, die nur wöchentlich an ihren Wohnsitz zurückkehren und in der Zwischenzeit im Tessin leben und arbeiten. (SDA)